



Essay

Was bringt Friedenspolitik?

Nichtregierungsorganisationen und Staaten wie die Schweiz investieren viel Geld und Personal in Friedensförderung. Aber niemand weiss, ob all der Aufwand jemandem nützt oder gar schädlich ist.

Von Laurent Goetschel

Friedenspolitik wird heutzutage, im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges, nur noch selten diskutiert. Bis zum Fall der Berliner Mauer war Frieden höchst umstritten: Während er Linken als messianische Wegbeschreibung zum Paradies diente, sahen Rechte darin ein defätistisches, der kommunistischen Propaganda entnommenes Konzept.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs war Frieden plötzlich kein Streitwort mehr. Von einem Tag auf den anderen wollten alle Frieden. Überall wurden in Aussenministerien und Entwicklungsagenturen Abteilungen für Friedensförderung eingerichtet. Private Hilfswerke entdeckten die friedenspolitischen Seiten ihres Wirkens und waren interessiert, entsprechende Bezüge zu ihrer Arbeit herzustellen. Auf einmal waren Zehntausende von Menschen in der Friedensarbeit tätig. War während des Kalten Krieges vor allem über Frieden gesprochen worden, wurde jetzt gehandelt: Der Frieden wurde vom Kopf auf die Füsse gestellt.

Wird heute in einschlägigen Kreisen über Frieden debattiert, verläuft dies meist auf einer technischen Ebene. Aufgrund mechanistischer Verständnisse sozialer Prozesse werden Ziele definiert, denen zufolge etwa die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Einführung von Frauenquoten oder die Förderung partizipativer Entscheidungsprozesse die jeweiligen Gesellschaften dem, was die Geberländer unter Frieden verstehen, näherbringen sollen. Dabei ist umstritten, ob sich das Forcieren von Frauenquoten in patriarchalischen und islamischen Gesellschaften friedensfördernd auswirkt. So haben in Afghanistan die internationalen Geber zu Beginn der Ära von Präsident Karzai einen Vertretungsanteil von Frauen in der verfassunggebenden Versammlung und im Parlament erwirkt, mit dem sich zwar nach aussen brillieren liess, der jedoch kaum dem Ansehen der betreffenden Institutionen und des neuen Präsidenten im eigenen Land förderlich war. Auch ist unklar, ob die massive finanzielle Unterstützung von NGOs als Vertreterinnen der Zivilgesellschaft autoritär geführte Länder dem Frieden näherbringt. Es kann dazu führen, dass solche Länder neue Gesetze erlassen, die das Weiterbestehen unabhängiger NGOs verunmöglichen, wie in Russland.

Die Frage ist, was eigentlich die Zielsetzung der jeweiligen Friedenspolitik ist: Geht es dar-

um, einen Zustand zu erreichen, den die betroffenen Gesellschaften als Frieden betrachten? Oder geht es darum, eine an westlichen Massstäben orientierte politische Veränderung der jeweiligen Länder zu erreichen?

Hinzu kommt, dass mit Friedensförderung und humanitären Aktionen auch traditionelle aussenpolitische Interessen verfolgt werden: So ist es etwa ein offenes Geheimnis, dass die äthiopische Regierung die internationale Nahrungshilfe durch selektive Verteilung im Innern des Landes zur Sicherung der eigenen Machtbasis missbraucht. Die USA, welche



Selektive Nahrungshilfe: Äthiopierin mit Kind.

ihrerseits über das Nahrungsmittelhilfe-Programm der Uno ihre internen Getreideüberschüsse WTO-konform loswerden, sichern sich damit zugleich die Unterstützung der äthiopischen Regierung für ihre Ziele der Terrorismusbekämpfung.

Missverhältnis von Aufwand und Ertrag

Ideelle, finanzielle und machtpolitische Interessen fliessen in die Friedenspolitik ein. Es darf Letztere nicht davon abhalten, sachlich definierte langfristige Ziele zu verfolgen. Interventionen dürfen nicht nur der internationalen politischen Konjunktur oder den kurz-

fristig variierenden persönlichen Interessen und Vorlieben von Entscheidungsträgern gehorchen. Auch die Empfängerinnen und Empfänger unserer Friedensförderungsleistungen haben ein Interesse daran, dass wir uns etwas klarer darüber werden, was wir eigentlich unter Frieden bzw. den Zielsetzungen unserer Politiken verstehen. Vielleicht möchten sie sogar mitdiskutieren.

Anstatt über die Kriterien für Frieden zu diskutieren, die in Afrika, Asien oder Lateinamerika nicht unbedingt einfacher zu identifizieren sind, als sie es während des Kalten Krieges in Europa waren, beschränken sich viele staatliche und private Stellen darauf, festgelegte Ziele im Sinne der Millennium Development Goals (MDGs) gebetsmühlenartig zu wiederholen und in Ansätzen umzusetzen. Diese tragen wenig zur Klärung der Frage bei, ob man sich mit den entsprechenden Vorhaben tatsächlich einem Frieden nähert oder nicht.

Daraus ergibt sich die leicht zynische Schlussfolgerung, dass, obwohl heutzutage viel mehr über Frieden gesprochen wird als je zuvor, wir weniger denn je wissen, ob unser Handeln tatsächlich friedensfördernd ist oder nicht. Die meisten Diskussionen laufen auf rein operativer Ebene ab, die mehr mit Handlungsanleitungen zu tun hat als mit friedenspolitischer Reflexion.

Zur Diskussion kontroverser Friedensvisionen für das (noch) geteilte Europa wurde vor zwanzig Jahren die Schweizerische Friedensstiftung (Swisspeace) gegründet. Damals ging es um die Ausgestaltung der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Nun sind spezifischer die Friedensförderungs- und auch Teile der Entwicklungspolitik betroffen. Eine Diskussion unterschiedlicher Friedensvisionen ist notwendiger denn je. Jedoch besteht nach wie vor ein krasses Missverhältnis zwischen dem Aufwand, der für die Umsetzung der Politik betrieben wird, und den Ressourcen, die wir für entsprechende grundsätzliche Überlegungen aufwenden. Vielleicht wäre es an der Zeit, die Füsse wieder etwas zu schonen und dafür etwas mehr den Kopf einzusetzen.

Laurent Goetschel ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor von Swisspeace, Bern. Er war Berater von Aussenministerin Calmy-Rey. Auf www.swisspeace.org findet sich die aktuelle Broschüre zum 20-Jahr-Jubiläum von Swisspeace.